

Der Fall Mannesmann.

Der Fall Mannesmann ist in der Presse nur wenig beachtet worden. Der Herr Staatssekretär des Reiches hat im Reichstage erklärt, daß mit der französischen Regierung im Falle Mannesmann eine freundschaftliche Verständigung herbeigeführt worden sei. Um aber zu verstehen, was das heißt, muß man sich kurz die Vorgeschichte dieses merkwürdigen und für die deutsch-französischen Beziehungen bezeichnenden Falles vergegenwärtigen. Schon vor seiner Anerkennung durch die Mächte hatte der Sultan Ruler Hadid gegen eine angemessene Entschädigung den Gebrüder Mannesmann im Norden Marokkos

Bergwerksgerechtfame

erzählt und diese nach seiner Anerkennung durch die Mächte nochmals bestätigt. Diese Rechte lagen ihm auch unverändert nach dem Falle eines Berggesetzes durch den Sultan. Die Gebrüder Mannesmann hatten also einen für Deutschland wichtigen Handelsabschluß gemacht, denn die überaus reichen Eisenerzlager Nordmarokkos, deren Schätze sie nach ihrem Vertrage mit dem Sultan zu heben sich berechtigt wähnten, sind für die deutsche Industrie von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zumal die Eisenerzausfuhr aus Schweden sich mit jedem Jahre schwächer gestaltet und die übrigen Ausfuhrmärkte der Welt von der

englisch-amerikanischen Konkurrenz

mehr und mehr in Anspruch genommen werden. Wenn Frankreich nun den Sultan unter allen Umständen zur Einsetzung einer Bergbehörde überreden will, an deren Spitze ein französischer Ingenieur steht, und wenn es ferner behauptet, daß es ein gültiges marokkanisches Berggesetz nicht gebe, weil das vom Sultan erlassene von Frankreich nicht anerkannt sei, so ist leicht ersichtlich, welchen Zweck die Regierung der französischen Republik verfolgt. Wenn jetzt die Konzession der deutschen Kaufleute von einem französischen Syndikat angefochten wird, so ist damit lediglich beabsichtigt, Deutschland vom wirtschaftlichen Betriebe in Marokko zu verdrängen. Was mit den

Machten der deutschen Firma

auf dem Spiele steht, zeigt eine Zuschrift, die der „S. L. M.“ veröffentlicht und in der es u. a. heißt: „Die Mannesmannsche Marokko-Mineralgesellschaft ist als deutsche Gesellschaft mit dem Sitz Berlin und der Zuständigkeit deutscher Gerichte, wodurch den Beteiligten eine vorurteilsfreie Rechtsprechung gesichert ist, begründet worden. Die Marokkanische Mineralgesellschaft dagegen ist eine französische, in Paris angeordnete Gesellschaft, deren deutsche Teilhaber bei etwaigen „Missverständnissen“ auf französische Rechtsbehelfe gegen Franzosen angewiesen wären. Bei der Mannesmann-Gesellschaft ist die absolute Mehrheit des Kapitals in den Händen von Reichsdeutschen, die Dreiviertelmehrheit in den Händen von Deutschen und Deutsch-Osterrösern, und es ist Vorzugsgegenstand, daß das Verhältnis nicht zugunsten der Deutschen verschoben werden kann. Bei der Marokkanischen Mineralgesellschaft dagegen beträgt die deutsche Beteiligung weniger als ein Drittel. Die Folgerungen daraus sind sehr einfach zu ziehen. Die deutsche Gesellschaft hat es kraft der deutschen Mehrheit in der Hand,

die großen Austräge

an Bergwerksmaschinen der heimischen Industrie zuzuführen, die französische nicht. Die deutsche Gesellschaft würde die Erzeugung durch deutsche Redereien nach Deutschland leiten; die französische nicht. Vor allem aber ist das französische Syndikat fast ganz in den Händen von Eisenverarbeitern, die das Erz vorzugsweise eigenen Betrieben zuführen würden, während die Ausbeute aus den Mannesmann-Minen bis auf die letzte Tonne der deutschen Gesamtindustrie zugute käme.“

Nun soll die Streitfrage einem Schiedsgericht unterworfen werden, obwohl es in dem Abkommen, das Deutschland und Frankreich am 9. Februar d. geschlossen haben, ausdrücklich heißt, „dem Deutschen Reiche sei die freie Be-

stimmung von Handel und Gewerbe in Marokko gewährleistet.“ Wenn die „freundschaftlichen Abkommen“ mit Frankreich immer so ungünstig für uns ablaufen, so werden sie bald ihre Beliebtheit im Volke einbüßen. Wächter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die belgischen Zeitungen äußern sich sehr beifällig darüber, daß Kaiser Wilhelm den Prinzen Heinrich von Preußen mit seiner Vertreibung bei der Krönung König Leopolds beauftragt hat.

Die deutschen Berichten haben im Weltkreis mit den Berichten Englands einen bedeutsamen Sieg zu verzeichnen. Die argentinische Regierung hat auf der Schiffsbauwerkstatt und auf der Germania-Werft mehrere Hochseetorpedoboote bestellt, nachdem der argentinische Minister zu der Überzeugung gekommen war, daß beide Werke vorzügliches Material verarbeiten. (Um aber diplomatische Schwierigkeiten zu vermeiden, hat Argentinien auch in England und Frankreich Schiffsbestellungen aufgegeben.) — Bemerkenswert ist ferner, daß auch die Türkei umfangreiche Munitionsbestellungen in Deutschland aufgegeben hat.

Die am 11. Januar im Reichstage zur Verhandlung gelangenden Anträge wegen der Rattowitzer Beamtenmaßregelungen will der Reichstanzler selbst beantworten. Wie das „S. Tgl.“ meldet, wird im Regierungsblatt zu Opatowitz auch ein Erlaß des Ministers des Innern veröffentlicht, worin der Minister seine Beamten warnt, sich weder zu bewußter noch zu „fahrlässiger“ Begünstigung von Personen großpolnischer Richtung im öffentlichen Leben verhalten zu lassen.

Gegenüber den Gerüchten, es sollen dem Reichstage drei Ergänzungsvorlagen zur Gewerbeordnung zugehen und zwar über die Heimarbeit, die Frauen- und die Kinderarbeit, wird halbamtlich erklärt, daß, wie bereits in der Thronrede angeführt, die Regelung der Heimarbeit nicht mehr im Rahmen der Gewerbeordnung, sondern durch ein besonderes Gesetz, das anfangs des nächsten Jahres an den Reichstag gelangen wird, erfolgen soll. Daneben wird eine zweite Vorlage zur Gewerbeordnung eingebracht werden, die auf einzelnen Gebieten der geltenden Gewerbeordnung Reformen vorschlägt. Die Fragen der Lohnarbeiter, die weitere Beschränkung der Arbeitszeit und die Ausdehnung der Wirksamkeit von Tarifverträgen auf die beim Abschluß nicht beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter werden in dem Gesetzentwurf keine Berücksichtigung finden.

Die Einbringung der Wahlrechtsreformvorlage im preuß. Landtage, die kürzlich im Ministerrat beschlossen wurde, soll nach vor Ostern 1910 erfolgen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird bereits Ende Januar oder Anfangs Februar erfolgen.

Frankreich.

Der am 18. d. in Cannes (Frankreich) verstorbenen Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland, der Großvater der deutschen Kronprinzessin, die sich an sein Totenbett begeben hat, hat ein Alter von 78 Jahren erreicht. Mit ihm ist das älteste Mitglied des russischen Kaiserhauses, der letzte Sohn des Zaren Nikolaus I. aus seiner Ehe mit Prinzessin Charlotte von Preußen, der Tochter Friedrich Wilhelms III., dahingegangen.

England.

Der Wahlkampf treibt merkwürdige Blüten. Es war vorauszu sehen, daß die unionistischen (konserverativen) Kreise ihn zu einer Flottenhege in großem Maße ausnützen würden. Der Oberherb macht denn auch in einem längeren Artikel den Vorschlag, eine Flottenanleihe von einer Milliarde Mark aufzunehmen, um für eine kurze Frist von Jahren die zur Erhebung der Flotte auf einen zweiwöchigen, sodann Anfang des nächsten Jahres wenigstens zwölf, am liebsten jedoch gleich

vierzehn große Panzer mit all den dazugehörigen Schiffen auf Stapel zu legen. Das allein würde das deutsche Volk bewegen, mit seiner Flottenpolitik innewandeln. — Man sieht auch aus diesen Äußerungen wieder, daß man in England die deutsche Flotte immer als eine Bedrohung Englands betrachtet und verzagt, daß Handel und Kolonialwirtschaft eine starke Flotte erfordern.

Holland.

Der Minister des Auswärtigen erklärte in der Kammer, das Erwachen der Völker Ostasiens mache es notwendig, daß Holland auf ein internationales Abkommen zum Schutze seiner Interessen im Stillen Ozean hinarbeite.



Großfürst Michael von Rußland †.

Am 18. d. ist in Cannes Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland, der Großvater der Kronprinzessin Cecilie, in seiner dortigen Villa im 78. Lebensjahre gestorben. — Mit dem Großfürsten Michael Nikolajewitsch ist das älteste Mitglied des russischen Kaiserhauses, der letzte Sohn des Zaren Nikolaus I. aus seiner Ehe mit Prinzessin Charlotte von Preußen, der Tochter Friedrich Wilhelms III., dahingegangen. Großfürst Michael, der am 18. Oktober 1832 in Petersburg geboren war, trat als Artillerie-Offizier in die Armee ein und wurde schon in jungen Jahren Generalleutnant. 1863 ging er als Statthalter in den Kaukasus und erhielt im russisch-türkischen Kriege den Oberbefehl über die gegen Armenien marschierenden Truppen; nach dem Friedensschluß wurde er zum Generalfeldmarschall ernannt.

Die Kammer stimmte dem Minister begeistert zu. Ob freilich die Mächte, die ihre eigenen Interessen im Stillen Ozean in ausdauernder diplomatischer Arbeit verteidigen müssen, bereit sein werden, auch Hollands Gebiet (in Westindien) unter ihre Fittiche zu nehmen, ist sehr zweifelhaft.

Spanien.

Der Ministerrat hat beschlossen, die Cortes nicht einzuberufen und das gegenwärtig in Kraft befindliche Budget für das Jahr 1910 zu verlängern. Dieser Beschluß des neuen Ministeriums hat nicht nur bei seinen Gegnern, sondern auch im Lager der Freunde Befremden erregt, da jetzt die Volkvertretung von der Teilnahme an der Gesetzgebung so gut wie ausgeschlossen ist.

Australien.

Das australische Bundesparlament hat nunmehr endgültig beschlossen, eine Flotte zu bauen, die erforderlichfalls dem Mutterlande zur Verfügung gestellt werden soll.

König Albert I. von Belgien.

Nach der Krönung Albert I. tatsächlich der Herrscher Belgiens geworden ist (nach der

belgischen Verfassung muß der König nach dem Leichenbegängnis des verstorbenen Königs erst den Eid auf die Verfassung leisten), hat er sich über seine Herrschertätigkeit im vertraulichen Kreise ausgesprochen — und was ein Herrscher im vertraulichen Kreise erzählt, weiß ja bald die ganze Welt. In die Spitze seiner Ausführaugen leuchte König Albert I. die Verankerung, er werde versuchen, den Arbeitern nützlich, also

ein sozialer König

zu sein. Seiner Ansicht nach sind Republik und Monarchie keine unauflösbaren Gegensätze. Man muß abwarten, wie König Albert über seine Anschauung denken wird, wenn er im Kampfe mit den wirksamen Elementen des Parlamentes die Wahrheit des Satzes empfinden wird: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Er wird in unrunder Zeit, die auf den Kampf für den sozialen Ausgleich gestimmt ist, sicherlich viele Freunde finden, wenn er sich zu einer geordneten Sozialpolitik bekennet — in Belgien fehlt es daran — aber ob er die aus verschiedenen Gedankenkreisen stammenden Anschauungen über

Monarchie und Republik

einen kann, muß bis zum Beweise des Gegenteils bezweifelt werden. König Albert, der als 24-jähriger Prinz (es sind jetzt zehn Jahre her) die Belgen bereist hatte, kam aus dem Wunderlande der unbegrenzten Möglichkeiten heim mit dem Herzen voller hochfliegenden Pläne. Er hatte das amerikanische Wirtschaftsleben nicht an seinen Quellen, wo es Schattenseiten traueriger Art aufweist, sondern an der glänzenden Oberfläche gesehen, die der holländische Amerikaner dem färschlichen Gast wies. Das eiserne Auge des jungen Prinzen aber sah nur den

grenzenlosen Großbetrieb,

der mit Hilfe scheinbar in glänzenden Verhältnissen lebender Arbeiter aus Kohle und Eisen, aus Baumwolle und Härtelstein Gold zu machen verstand. Die Reifezeit blieb ihm fremd. Das zeigte seine Vorträge, die er über seine Erlebnisse und Eindrücke in Brüssel und Antwerpen hielt. Zwar lobte man sie, denn sie zeigten den regen an allem und allem interessierten Geist eines auf den Herrschertron Berufenen, aber sie reichten doch nicht auf die Tiefe der Dinge. Der Prinz hat während der Regierung seines Onkels Zeit gehabt, nachzudenken, und seine Anschauung vom

Wesen des Königtums

ist die Frucht dieser einsamen Denkarbeit. Als um die Wende des Jahres 1890, nachdem sich die Belgier von Holland losgerissen hatten, der Nationalkongress über die zukünftige Regierungsform beriet, da entschieden sich 174 Mitglieder für die Monarchie und nur 13 wünschten die Republik. Kennt der neue König die Kämpfe seiner Zeit, die Juste in seiner „Geschichte Belgiens“ so anschaulich beschreibt? Dann muß er wissen, daß heute der Nationalkongress, wenn auch keine Mehrheit, so doch eine beträchtliche Stimmengahl

für die Republik

ausbringen würde, daß also die Annahme, Monarchie und Republik seien nicht unversöhnliche Gegensätze, unhaltbar ist. Dennoch wird dem sozialen Fortschritt Belgiens zugute kommen, was herbe Enttäuschungen von dem wirklichkeitsfremden Königsträum Alberts abrig lassen; denn er kennt die Bedürfnisse seines Landes und hat nach seiner Reise ins Kongo-Land mit staatsmännlichem Blick

Reformmöglichkeiten

errechnet, die zum Segen für den Kongo und für Belgien werden müssen. Er beginnt seine Regierung unter einem günstigen Stern; denn die Kammer hat nach langen Kämpfen eine Heeresreform angenommen, die alle Volksteile in der Armee einbezieht. Belgien hofft von dem neuen Herrscher, daß er als Kaufmann seinen Oheim erlegt und ihn als Sozialpolitiker übertrifft. Das verspricht Albert I., indem er sein Herrscheramt mit der Aufgabe der Bewirtlichung des sozialen Königtums antritt.

M. A. D.

Hußerdienstlich.

1) Erzählung von Fritz Reutter.

„So wünsche ich Ihnen gute Reise.“ sagte Max Warburg, der Konsul in Panama, und erhob sich. „Hoffentlich erholen Sie sich in den Ber. Staaten, Herr Nippold. Sie reisen natürlich direkt nach San Francisco?“

„Gewiß, Herr Konsul.“

„Es wird auch das Beste sein. Ich frage Sie auch nur für den Fall, daß Sie vielleicht unterwegs Luft bekämen, in Nicaragua zu landen. Vielleicht wissen Sie, daß dort eine Revolution ausgebrochen und sich der Nachbarnstaat Honduras in ihre inneren Angelegenheiten gemischt hat. Sowie ich Sie kenne, sind Sie ein Pechvogel, der allzuerst in die Patsche gerät, aus der er sich nur mit Mühe und Not wieder befreit. Also sehen Sie sich nicht irgendwelcher Gefahr aus — es wäre nicht gut für Sie, und auch das Deutsche Reich vermüßte Ihre selbigeuchten Abenteuer nicht immer gut zu heißen. Ich glaube, das ist alles, was ich Ihnen zu sagen habe.“

Karl Nippold hatte sich auch erhoben und bedachte seinem Vorgesetzten lachend die Hand. „Der Ruf nach Abenteuer bleibt auch hier an mir hängen.“ bemerkte er gutmütig, „und ich habe mich hier doch so ruhig verhalten. Auf Wiedersehen, Herr Konsul. Sollten Sie meiner vor Ablauf des Urlaubs bedürfen, so brauchen Sie mir nur nach den Staaten zu telegraphieren.“

*) Unberichtigter Nachdruck wird verfolgt.

„Ich danke Ihnen.“ sagte der Chef mit ernster Miene. „Wir müssen aber schon versuchen, die nächsten zwei Monate auch ohne Sie zurecht zu kommen.“

Vom Schicksal und vom Auswärtigen Amt in Berlin war Max Warburg die anstrengende Aufgabe überwiesen worden, die Interessen des Deutschen Reiches in Panama und in den mittelamerikanischen Republiken der Küste des Stillen Ozeans entlang zu überwachen und zu hüten, um so mehr als diese Reinkonten sich des Hiers den Lurus einer kleinen Revolution gefalteten. Die letzten Behörden hatten dem Konsul, einem würdigen Mann, der diese Strafe nicht verdiente, den jungen Karl Nippold als zweiten Sekretär überwiesen. Nippold hatte seine Dienste schon fünf Jahre lang seinem Vaterlande und seiner eigenen Unterhaltung gewidmet, und diese beiden Beschäftigungen wollten nicht immer zusammenstimmen. Er war beliebt bei jedermann, außer vielleicht bei seinen Vorgesetzten; in vielen seiner Handlungen lag der Reiz unbewusster Selbstloshkeit und er beging manch einen unverantwortlichen Streich — vom offiziellen Standpunkte aus betrachtet — mit jener Miene vollkommener Unkenntnis und Unverantwortlichkeit, daß ihn selbst der gewürdigte Diplomat so rath als möglich in seine Heimat zurückgeschickt hätte.

Nachdem er den Einfluß seiner zahlreichen Verwandten für sich in Anspruch genommen und die Schuld des Auswärtigen Amtes erschöpft und all die kleineren europäischen Gesandtschaften der Reihe nach besucht hatte, wurde er im eigenen Interesse nach einem Platte

verbannt, wo die Gelegenheit, Böses zu stiften, nur sehr gering war. Die Besetzung gefiel ihm natürlich nicht — denn der amerikanische Spanier ist gar leicht zu Eifer sucht geneigt, und die spanische Geschichte und heutige Politik in Mittelamerika rief nach Wut — aber zwölf ganze Monate lang hatte er sich zusammengenommen und zu keiner Klage Anlaß gegeben. Jetzt war er für einige Zeit beurlaubt. Seine Absicht war, Kalifornien und das Felsengebirge zu besuchen und nach dem Mutter des damaligen Präsidenten der Ber. Staaten Bären und Wölfe dort zu jagen.

Aber Max Warburg hatte ihm in der Unschuld seines Verzens bereits eine neue Idee eingebracht. Der Konsul verstand die Natur seines Untergebenen überhaupt nicht, sonst hätte er die Wägen in Nicaragua gar nicht erwähnt — und ihn noch weniger erwähnt, nicht dorthin zu gehen. Es muß gleich gesagt werden, daß Karl Nippold tatsächlich in Nicaragua landete und dort allerlei seltsame Abenteuer bestand. Deren Geschichte soll hier erzählt werden, weil sie sich in den Archiven zu Berlin sicherlich nicht vorfinden.

An Bord des im Stillen Ozean kreuzenden Postdampfers „Daho“, der nach San Francisco fuhr und unterwegs an verschiedenen Häfen von Mittelamerika und Mexiko anhielt, war Karl bald zu Hause. Knapp vor der Abfahrt war er an Bord erschienen mit seinem Gepäck — einer Reisetasche und mit einer seine Gewehr enthaltenden kleinen Kiste. Der Obermaat stand schimpfend am Fallreep: „Beleien Sie sich doch! Ober wir lassen Sie zurück!“

„Einen Augenblick, bitte.“ erwiderte Karl und kletterte ohne irgend welche Hilfe die Treppe empor.

„Machen Sie vorwärts! Vorwärts!“ wiederholte der Mat.

Karl zog gelassen die Uhr aus der Tasche und blieb stehen. „Warum auch?“ fragte er mit belebiger Miene. „Sie werden verzögern, es ist noch zwei Minuten bis zu der für die Abfahrt bestimmten Zeit.“

Das war um fünf Uhr; noch ehe das Abendessen zu Ende war, hatte er aus dem Munde des Kapitäns bereits dessen ganze Familiengeschichte vernommen und ein Glas Champagner um das andre geleert und stand auch mit den andern Passagieren auf gutem Fuße.

Jene Warnung des Kapitäns wollte ihm die ganze Nacht nicht mehr aus dem Sinn; und als die „Daho“ am folgenden Morgen in ihrem nördlichen Lauf immer in Sicht der blauen Berge von Nicaragua dahinfuhr, war sein Geist voll von Gedanken an diesen kleinen, unruhigen Staat. Es war doch eigentlich schade, daß er seinen Fuß noch nie auf den Boden dieses Landes gesetzt hatte. Während des vergangenen Jahres hatte es sein Vorgesetzter mehr als einmal beiläufig, ihn aber färschlich immer in Panama zurückgelassen. Er kannte das Land dem Rufe nach. Obgleich eine der kleinsten Republiken dieser Gruppe, war es doch unerschlossen diejenige, die am schicksalhaftesten und — am bestechlichsten — auch die meisten Naturerben aufwies. Zehn Jahre lang hatte sie der General Melgarejo, von der Arme unterrichtet,